

Empfänger:

Herrn Landeshauptmann
Mag. Markus Wallner
Landhaus
Römerstraße 15
6900 Bregenz
Vorarlberg

Datum....

Betreff: ID Austria im Schulbereich – Bitte um politische Klärung und Wahrung der Grundrechte

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

wir wenden uns in respektvoller und wertschätzender Weise an Sie, da sich im Vorarlberger Schulbereich eine Situation entwickelt hat, die aus unserer Sicht eine **politische Klärung auf Landesebene** erforderlich macht.

Bedienstete an weiterführenden Schulen sehen sich zunehmend faktisch gezwungen, für den Zugang zu schulischen Verwaltungsanwendungen die **ID Austria** zu verwenden. Gleichzeitig werden bei Ablehnung dieser konkreten Identitätslösung **dienstrechtliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung** in Aussicht gestellt. Viele Betroffene empfinden dies als erheblichen Druck und als Widerspruch zur wiederholt kommunizierten Freiwilligkeit der ID Austria.

Nach rechtlicher Prüfung ergeben sich dabei erhebliche Zweifel:

- Es existiert **keine eindeutig normierte gesetzliche Grundlage**, die einzelne Bedienstete zur Nutzung einer konkreten staatlichen digitalen Identität verpflichtet.
- Die einschlägigen Regelungen verlangen IT-Sicherheit und Multifaktorauthentifizierung, schreiben jedoch **keine bestimmte technische Lösung** vor.
- Technisch gleichwertige Alternativen sind möglich und werden auch vom Bundesministerium grundsätzlich anerkannt.
- Ein exklusiver Zwang zur ID Austria wirft daher **Fragen der Verhältnismäßigkeit, der Weisungsgrenzen sowie des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung** auf.

Uns ist bewusst, dass Digitalisierung und Datensicherheit zentrale Zukunftsthemen sind und von Ihnen unterstützt werden. Gerade deshalb erscheint es wichtig, dass diese Entwicklungen **rechtsstaatlich sauber, grundrechtskonform und mit echter Wahlfreiheit** umgesetzt werden.

Wir ersuchen Sie daher um Ihre Unterstützung bei folgenden Punkten:

1. politische Klärung, ob im Verantwortungsbereich des Landes Vorarlberg ein **exklusiver Nutzungszwang der ID Austria** tatsächlich gewollt und rechtlich gedeckt ist;

2. Sicherstellung, dass Bediensteten **gleichwertige alternative Authentifizierungslösungen** ohne dienstrechtliche Nachteile offenstehen;
3. transparente Kommunikation gegenüber Schulen und Bediensteten, um Verunsicherung und Eskalationen zu vermeiden.

Dieses Schreiben ist nicht als Ablehnung von Digitalisierung zu verstehen, sondern als Appell, diese **im Einklang mit Recht, Verhältnismäßigkeit und Vertrauen** umzusetzen.

Für ein klärendes Gespräch oder eine schriftliche Stellungnahme wären wir dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

[Vor- und Nachname]

[Betroffener / Initiative / Funktion – optional]

[Adresse]

[E-Mail]

[Telefon]